

Ich möchte an zwei Beispielen zeigen, wie es im Westen mit der Demokratie abwärts geht.

Die volle Gleichstellung der Frau hat man bis zum 31. März 1953 aufgeschoben. Das ist eine der Kinkerlitzchen, die man sich in Bonn erlaubt.

Als zweites Beispiel führe ich an, daß es keinen Generalstreik gibt. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber sagt man:

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Also Scharfmacherverbände, Unternehmerorganisationen sind erlaubt.

Das zeigt genügend, wie man auf Grund des vorhandenen Materials die Auseinandersetzung beginnen kann. Es ist notwendig, nicht nur über den Verfassungsentwurf zu referieren, sondern alle Bonner Einzelheiten sofort gegenüberzustellen, um zu zeigen, wohin drüben der Karren läuft und wogegen wir uns zu verwahren haben.

Ich muß meine Ausführungen abschließen. Nur noch ein letztes Wort über die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und die allernächsten Schritte auf diesem Gebiet. Wilhelm Pieck hat mit vollem Recht in seinem Referat gesagt, daß wir die vor uns stehenden Aufgaben nicht allein lösen können. Gerade die Schwierigkeiten erfordern die Sammlung aller Kräfte, insbesondere die Zusammenfassung der demokratischen Parteien und die Mitarbeit der Massenorganisationen. Er hat klar gesagt, daß wir die Führung, die Initiative haben sollen.

Wenn wir unsere Arbeit aus den letzten Monaten überblicken, so können wir feststellen, daß eine engere Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in der letzten Zeit in breiterer Form durch eine Reihe von Erscheinungen möglich wurde. Ich stelle das zur Diskussion. Vielleicht sind diese Erscheinungen nicht überall gleichmäßig. Dann muß man in dem betreffenden Land oder Kreis aufholen. Jedenfalls kann man nach den Delegationen in die Sowjetunion und den Erscheinungen, die wir in den Parteien festzustellen haben, sagen, daß die Zusammenarbeit sich dadurch verbessert, daß alle demokratischen antifaschistischen Parteien den Frieden über alle Interessen stellen und das immer und immer wieder erklären, und daß sie darüber hinaus freimütig erklären, daß sie die Sowjetunion als die stärkste Friedensgarantie anerkennen.